

Regierungsratsbeschluss

vom 14. Dezember 2021

Nr. 2021/1892

Vernehmlassung zur Änderung der Verordnung über die Bekämpfung der Geldwäscherei und der Terrorismusfinanzierung Schreiben an das Eidgenössische Finanzdepartement

1. Erwägungen

Die Staatskanzlei unterbreitet dem Regierungsrat das Schreiben an das Eidgenössische Finanzdepartement betreffend Vernehmlassung zur Änderung der Verordnung über die Bekämpfung der Geldwäscherei und der Terrorismusfinanzierung zur Beratung und Beschlussfassung.

2. Beschluss

Auf Antrag der Staatskanzlei wird das Schreiben an das Eidgenössische Finanzdepartement betreffend Vernehmlassung zur Änderung der Verordnung über die Bekämpfung der Geldwäscherei und der Terrorismusfinanzierung beschlossen.



Andreas Eng
Staatschreiber

Beilage

Schreiben an das Eidgenössische Finanzdepartement vom 14. Dezember 2021

Verteiler

Staatskanzlei
Staatskanzlei, Legistik und Justiz (3)
Finanzdepartement
Staatsanwaltschaft
Polizei Kanton Solothurn
Beauftragte für Information und Datenschutz
Medien (elektronischer Versand durch STK Kommunikation)